

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Nord-Süd-Entspannung wird teuer

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1976) : Nord-Süd-Entspannung wird teuer, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 11, pp. 540-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135006>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Dietrich Keschull

Nord-Süd- Entspannung wird teuer

Bis heute weiß offensichtlich noch kein Außenstehender genau, wie das neue Kabinett der sozial-liberalen Koalition endgültig aussehen wird. In einem Punkt allerdings haben sich die Spekulationen an der Gerüchtelebörse erheblich verringert. Seit den letzten öffentlichen Erklärungen scheint es nahezu sicher, daß Egon Bahr nicht mehr Chef des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit bleibt. Allen Unkenrufen zum Trotz bleibt aber das BMZ, das sich in der breiten Öffentlichkeit tatsächlich keiner großen Popularität erfreut und das bei der Frage der Einsparung von Ministerien immer wieder als eines der ersten zur Diskussion steht, als eigenständige Institution erhalten.

Die weitere Existenz des Hauses an der Karl-Marx-Straße schafft eine Voraussetzung dafür, daß die deutsche Entwick-

lungspolitik auch in den nächsten Jahren vorwiegend unter dem Aspekt des größtmöglichen Nutzens für die Entwicklungsländer betrieben werden kann. Die Gefahr einer Degeneration dieses Politikbereichs zu einem Anhängsel der kurzfristiger orientierten Außenpolitik oder einer auf Rohstoffsicherung und Arbeitsplatzerhaltung fixierten Wirtschaftspolitik hat sich damit erheblich verringert. Andererseits kann dies aber nicht bedeuten, daß das BMZ nur als Interessenvertretung oder Lobby-Institution der Entwicklungsländer gesehen wird. Seine Aufgaben gehen erheblich weiter.

Dies erklärt sich aus einer Akzentverschiebung in der gesamten internationalen Politik. Die Länder der Dritten Welt werden in den nächsten Jahren eine weitaus größere Bedeutung bekommen als bisher. Bei deutschen Politikern, die bereits häufig die Notwendigkeit der Lösung des Nord-Süd-Konflikts hervorgehoben haben, mag die nun auch vom neuen US-Präsidenten betonte Änderung der politischen Prioritäten Genugtuung hervorgerufen haben. Für die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik kann dieser Tatbestand nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Eine Entspannung mit den Entwicklungsländern setzt von deutscher Seite eine Politik aus einem Guß zwischen allen beteiligten Ministerien voraus. Das bedeutet, daß insbesondere die Vorgehensweisen in Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik durch permanente Informationen und Konsultationen in einem noch stärkerem Maße als bisher zu koordinieren sind. Dabei dürfen auch die einschlägigen Aktivitäten anderer Ministerien – zum Beispiel Landwirtschaft, Forschung und Technologie oder der in diesem Zusammenhang allzu gern verschwiegenen Verteidigung – nicht vernachlässigt werden.

Die verstärkte Koordination ist eine unerläßliche Voraussetzung für die Setzung sinnvoller und

erfolgsversprechender Prioritäten bei der regionalen und sektoralen Konzentration der Aktivitäten. Die Effizienz wirtschaftlicher Zusammenarbeit kann nicht isoliert nach den verschiedenen Ressortinteressen beurteilt werden. Außen- und wirtschaftspolitische Aspekte der deutschen Politik müssen ebenso Berücksichtigung finden wie die Zielvorstellungen der Entwicklungsländer selbst sowie die gesellschaftlichen und organisatorisch-technischen Voraussetzungen bei der Durchführung von Projekten und Programmen. Daß dies keine leichte Aufgabe ist braucht wohl kaum besonders betont zu werden. Aber sie muß gelöst werden, wenn die Bundesrepublik gegenüber der Dritten Welt nicht in eine noch stärkere Isolation geraten will.

Dabei ist es notwendig, vor vornherein die Illusion zu beseitigen, daß eine solche Politik ohne zusätzliche finanzielle Belastungen möglich ist. Sie wird – wie jede Entspannung bisher – Milliarden kosten. Das BMZ mit seinem begrenzten Haushalt vor lediglich 3,6 Mrd. DM im Jahre 1976 kann kaum als hinreichend potenter Finanzier angesehen werden.

Alein die Kosten, die auf die Bundesrepublik im Zuge der anlaufenden Maßnahmen zur Neuordnung der Weltwirtschaft und des Rohstoffbereichs zukommen machen die Grenzen eines einzigen Ministeriums sehr schneidbar deutlich. Minister Bahr hat in jüngster Zeit vorsorglich eine rigorose Erhöhung seines Haushalts gefordert. Aber auch mit fast 6 Mrd. DM könnte er – wenn sie ihm entgegen allen Erwartungen tatsächlich zur Verfügung gestellt würden – die Wünsche der Entwicklungsländer kaum erfüllen. Der Finanzminister wird auch gegenüber anderen Ministerien mehr Großzügigkeit für die Dritte Welt beweisen müssen, wenn die Hoffnungen auf Entspannung in Nord-Süd-Verhältnis nicht schon heute zu Grabe getragen werden sollen.